

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4306. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13093. — **Berlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

### Die englischen Arbeiter fordern die Revision der Pariser Beschlüsse.

London, 17. Februar. Der Parliamentsauschuss des Gewerkschaftskongresses und der Vollzugsausschuss der Arbeiterpartei haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, in dem zugleich mit der Erklärung, daß die von Deutschland geforderte Entschädigung nicht gezahlt werden könne, auf eine nochmalige Erwägung des Vertrages der deutschen Entschädigung im Interesse der Arbeiter des In- und Auslandes gedrungen wird. Das Manifest erklärt, Deutschland könne und solle die tatsächlich angerichteten Zerstörungen wieder gutmachen; die Rechnung sei jedoch gestiegen und die Anrechnung von Pensionen und Vergütungen, die unvereinbar seien mit den vor dem Abschluß des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen. Zum Schluß fordert das Manifest nicht nur eine neue Erwägung der Entschädigungsforderung, sondern auch eine Aenderung des gesamten Verhaltens der Alliierten gegen Zentraluropa und Rußland.

### Auch die italienischen Arbeiter protestieren.

Rom, 16. Februar. Die italienischen christlichen Gewerkschaften haben eine Entschuldigungs- und Verzeihungsadresse an den Appell deutscher Arbeiterorganisationen an die Solidarität der Arbeiter aller Länder folgenden Inhalt: Die Confederation hätte schon 1919 gegen Versailles Stellung genommen und bekräftigt jetzt den Widerspruch gegen die vorgezeichneten Sanktionen und gegen den Zustand der Sklaverei, zu dem die deutsche Arbeiterklasse für 42 Jahre zugunsten eines fremden Kapitalismus und Imperialismus verurteilt worden sollte. Dies stelle die letzte grausame Verletzung der Grundrechte von Gerechtigkeit und Freiheit dar, für welche die Regierungen der Entente angeblich kämpften. Die christlichen Arbeiter Italiens erhöhen ihre Stimme gegen die Hebergriffe negativer Autokratien, die Revanchestimmung erzeugen und den Frieden fernhalten. Sie protestieren im Namen christlicher Ideen gegen die Erdrosselung des deutschen Volkes durch neue Auflagen.

### Kahr kündigt die Sabotierung der Entwaffnung an.

#### Beantwortung unserer Interpellation.

München, 17. Februar. In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Landtags wurden in Anwesenheit der gesamten Staatsregierung die beiden Interpellationen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen betr. die Haltung der bayerischen Regierung zum Pariser Diktat beprochen. Ministerpräsident Dr. v. Kahr kennzeichnete den Standpunkt der Regierung und der Koalitionsparteien dahin, daß die Erfüllung der Pariser Forderungen die vollständige Vertilgung des deutschen Volkes, besonders der Arbeiterklasse, auf zwei Generationen hinaus bedeuten würde. Das ganze Volk in allen seinen Teilen sei sich darin einig, daß diese Vorschläge unannehmbar seien. „In der Entwaffnungsfrage“, sagte der Redner, „mußte der bayerische Ministerpräsident bei den Berliner Besprechungen über die bayerische Einwohnerwehr an dem seither eingenommenen Standpunkte festhalten. Alle innerpolitischen Beschränkungen über ihre innere Wesen sind ebenso unbegründet wie die Beschränkungen ihrer Gegner. Die Einwohnerwehr wird von selbst verschwinden bei genügender Erklarung des Staats. Heute schon festzulegen, bis zu welchem Termin das der Fall sein wird, ist schlechterdings unmöglich. Angesichts der Bayern von innen und außen drohenden Gefahren ist die Einwohnerwehr nach wie vor eine nationale Lebensnotwendigkeit. Sollte die Reichsregierung zu der Anschauung gelangen, daß unsern Standpunkte nicht anzuhängen zu können, so müßte sie für alle Maßnahmen die ausschließliche Verantwortung nach jeder Richtung hin tragen.“

München, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.)

In der gestrigen Landtagsdebatte über die Interpellation der USPD und SPD, die über die Haltung der bayerischen Regierung zu den Pariser Forderungen Auskunft verlangte, sagte der Ministerpräsident v. Kahr nichts anderes, als bisher in offiziellen Verlautbarungen der Regierung gesagt worden war. Die bayerische Regierung hält nach wie vor daran fest, daß die Einwohnerwehr nicht aufgelöst und nicht entwaffnet werden könne und daß das Reich für etwaige Entwaffnungsmaßnahmen die volle Verantwortung treffe.

Der Redner der USPD. hatte an die Regierung die ausdrücklichen Fragen gerichtet: „1. Wird die bayerische Regierung ihren Behörden bestimmte Anweisungen geben, die von der Reichsregierung angeordneten Entwaffnungsmaßnahmen durchzuführen? 2. Wird die bayerische Regierung, wenn das Reich die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen anordnet, durch ihre offizielle Presse noch weiter den Standpunkt vertreten, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehren mit den Lebensinteressen des bayerischen Volkes nicht vereinbar ist?“

Der Ministerpräsident berührte in seinem Schlusswort diese Fragen mit keinem Wort.

Die Landtagsfraktion der USPD. erklärt heute im Münchner Parteiorgan, Der Kampf, folgende Erklärung: „Die Fraktion der USPD. erklärt, daß die Antwort des Ministerpräsidenten auf die gestellten Fragen in der Landtags-Sitzung vom 17. Februar sich um den Kern der Sache herumdrückt. Die von ihr gestellten Fragen sind nicht beantwortet worden. Die Fraktion weiß, daß die Machtverhältnisse im Landtag ihr nicht die Möglichkeit geben, eine klare Stellungnahme des Ministerpräsidenten zu erzwingen. Sie wird den Kampf gegen die Regierung Kahr in der

schärfsten Form fortsetzen und fordert die Genossen im Lande auf, sie in diesem Kampfe zu unterstützen und aufmerksam die politischen Ereignisse der nächsten Zeit zu verfolgen.“

Bemerkenswert ist der Schluß der hiesigen Rede. Er zeigt, wie der Herr die bayerischen Einwohnerwehren durch den Protest gegen die Pariser Wiedergutmachungsforderungen mit zu bedrängen sucht. Er sagte nämlich: Wir stellen uns in die geschlossene Phalanx des deutschen Volkes mit dem festesten Entschlusse daß wir uns keinem Sklavensoch beugen werden und durch kein Diktat uns zum Selbstmord bringen lassen.

Die bayerische Reaktions-Koalition, zu der auch die Demokraten gehören, ließ dann durch den Abg. Stang (Bayr. Volkspartei) eine Erklärung abgeben, in dem die Ausführungen des Ministerpräsidenten gebilligt werden. Auch in der Frage der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren, die eine Meinungsverschiedenheit, aber keine Spannung zwischen Bayern und dem Reich, geschweige denn die Gefahr eines Bruches bedeutete, erkennen die Koalitionsparteien die Berechtigung und Folgerichtigkeit des Regierungsstandpunkts an. Sie hoffen, daß ein Weg gefunden werde, auf dem die erforderliche Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten des Reiches und Bayerns mit der loyalen Ausführung übernommener Verpflichtungen vereinbart werden kann.

Die Besprechung der Interpellation wird heute fortgesetzt.

### Wachsen der Opposition in England.

Berlin, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus London wird dem Berliner Tageblatt vom 17. Februar berichtet: Obwohl die britische Regierung von einer Auflösung des Parlaments nichts hören wollte, mehren sich die Anzeichen, daß man im Lande das Parlament nicht mehr als den richtigen Ausdruck des Volkswillens betrachtet. Täglich ergeben sich weitere Anzeichen der Unzufriedenheit. Der Abgang der zwei Lords Cecil zur Opposition war für das Ansehen der Regierung bereits bedenklich, aber weit mehr bezeichnend für die Volkstimmung ist der Antrag Bottomley, der in dem Entwurf der Antwort auf die Thronrede den Mangel einer Erklärung bezüglich der baldigen Parlamentsauflösung bedauert. Bottomley als Herausgeber von mehreren Wochenblättern kennt wahrscheinlich die Volkstimmung besser als Northcote und weiß sie sogar nach seinen eigenen Ansichten zu modellieren. Aber die Ansicht, daß diese Aktion Erfolg habe, sind gering, obwohl vielleicht Lord George nichts so willkommen sein könnte, als eine Auflösung in diesem Augenblick, wo noch keine geeignete Persönlichkeit als Nachfolger zu finden ist und wo die Oppositionsparteien sich gegenseitig nach links und rechts ausgleichen. Glauze man doch mit Bestimmtheit, daß im Laufe dieses Jahres von einer Auflösung nicht die Rede sein kann.

### Meuterei in Petersburg? Drei bolschewistische Divisionen nach Petersburg abgerückt?

Die Daily Mail melden aus Helsinki: Seit Sonnabend liegt keine direkte Nachricht mehr aus Petersburg vor, doch berichtet es sich, daß schwere Kämpfe zwischen kommunistischen Truppen und gegenrevolutionären Meutereern sich abspielen.

Die Morning Post berichtet, daß das Stadlinnere von Petersburg in der Hand von Gegenrevolutionären sich befindet. Der Daily Herald bestätigt, daß drei bolschewistische Divisionen nach Petersburg abgerückt seien und daß die Stadt wiederholt von Sölden her beschossen worden sei.

Die Meldungen der bürgerlichen englischen Blätter können nur mit großem Mißtrauen aufgenommen werden — ihre Korrespondenten sehen gern, was sie sehen möchten und machen aus einer konterrevolutionären Mäule bedenkenlos einen Elefanten. Diesmal aber werden diese Meldungen gestützt durch eine Nachricht des Daily Herald, des Londoner sozialistischen Organs, dessen Redaktion dem Bolschewismus sehr sympathisch gegenübersteht. Natürlich ist damit nicht gesagt, daß auch dieses Blatt nicht getäuscht sein könnte — die Bestätigung der Meldung in ihrem vollen Umfange ist jedenfalls abzuwarten.

Vor einigen Tagen wurde bekanntlich von einem schweren Konflikt zwischen den Matrosen von Kronstadt und der Sowjetregierung gemeldet. Es wäre denkbar, daß er sich bis zu offenen Kämpfen verschärft hätte.

Sinnische Blätter wollen übrigens wissen, daß der bekannte Kolakenheiman Dutow an der turkistanischen Grenze eine Reiterarmee von mehr als 100 000 Mann (?) gegen Moskau aufgestellt habe und daß im fernen sibirischen Osten der General Semenov den Kampf gegen die Verbündeten der Moskauer Regierung, die „Republik des fernen Ostens“, wieder aufzunehmen im Begriff sei. Er habe einen Aufbruch erlassen, in dem er mitteilt, daß er den Oberbefehl über die weiße Armee im fernen Osten übernimmt, worauf der japanische Oberkommandierende in Wladivostok sofort seine Neutralität erklärte.

### Die Wahlen in Preußen.

Von Paul Sonntag.

Der Wahlkampf ist von allen Parteien mit äußerster Kraft geführt worden, aber die breiten und tiefen Massen des Volkes hat er nicht erfaßt. Jede Partei brachte in der Regel nur ihre eigenen sicheren Anhänger in ihre Versammlungen, die lebendige Volksstimmung hatte keine für sich. Den meisten „Zulauf“ hatten, wenigstens in Mitteldeutschland, wohl noch die Deutschnationalen, die als „Oppositionspartei“ jetzt wie besessen um die „ganze Machteroberung“ kämpfen. In Wahl-Propaganda, heimtückischer Verleumdung der Sozialdemokratie und Demokratie haben die Deutschnationalen den Tiefstab aller „Politik“ erreicht. Daß menschliche Hirne solch raffinierte Niedertracht und Abgefemtheit auszuküßeln fähig sind, ist — bewundernswert, erfüllt wohl aber manchen mit Schauer vor den Abgründen menschlicher Natur. Diese bodenlose Verwahrlosung rächt sich schon bitter durch die tolle Gärung in dieser angenehmen „Partei“. Ihre Bäume werden nicht in den Himmel wachsen. — Die Gesamtwahlbeteiligung dürfte stark hinter der bei der Reichstagswahl zurückbleiben.

Die Wahlausichten der sozialistischen Parteien sind nicht rosig. Verhältnismäßig am besten werden natürlich die Rechtssozialisten die Masse ihrer Wähler noch halten, weil ihr parteibureaucratischer Apparat intakt ist und die Regierungsmachtmittel zur Beeinflussung der Wähler natürlich auch eine gewisse Wirkung haben. Ihre Agitation war nicht auf Sozialismus und auf Klassenkampf zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse eingestellt. Ach nein. Ihr einziges Wahlziel ist: Erhaltung der Regierungskoalition! Sie wirken also für Stärkung der Rechtssozialisten, der Demokraten und des Zentrums! Das ist ihr Wahlziel. So fortumplierend wirkt eine Koalition mit bürgerlichen Parteien!

Ministerpräsident Braun gab am 4. Januar in Königsberg als Wahlsparole aus:

„Im Interesse des reibungslosen Zusammenarbeitens der Reichsregierung und der preussischen Regierung ist es erwünscht, daß im Reich und in Preußen die gleichen Parteien die Regierung bilden. Im Reich muß das Steuer etwas nach links gedreht werden und auch im Reich muß eine der preussischen Regierung konforme Regierung gebildet werden.“

Also Fortführung der Koalitionsregierung in Preußen und Wiedereintritt der Rechtssozialisten in die Reichsregierung! Der Fraktionstredner der Rechtssozialisten, der Abg. Ernst Heilmann (politisch, „Kudbriessig“) bekannt aus Chemnitz) versicherte in der letzten Sitzung der Landesversammlung:

„Wir haben im Kriege durchgehalten bis zum bittersten Ende; wir blieben auf der Bahn des Burgfriedens, selbst bis zum Opfer der Parteispaltung. Und wir beharren bei dieser Politik, die mir den Namen Sozialimperialist eingebracht hat, auf den ich heute noch stolz bin.“

Wer dem Volke kein andres Ziel zu weisen vermag als die Koalition mit bürgerlichen Parteien zur berühmten „Durchschung des Möglichen“, der ist mit den klassenbewußten sozialistischen Arbeitern fertig. Mit einer verbürgerlichten Reformpartei können Proletarier nichts zu tun haben.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat den Wahlkampf überall entsprechend ihren sozialistischen Grundgedanken geführt. Für uns ist der Wahlkampf ein Teil der Aufklärungs- und Schulungsaktion der proletarischen Massen für den selbständigen sozialistischen Klassenkampf. In diesem Ringen sind uns fast nirgends die Rechtssozialisten entgegengetreten, um so mehr aber die sogenannten Kommunisten. Die Wahloberparaden, besonders im „blutroten (bolschewistischen) Herzen Deutschlands“, im Bezirk Halle-Merseburg, hatten unter dem Terror der Moskauer sehr zu leiden. Der Lärm und der Kadav, die Beschnurung und Beschimpfung hat überall den Höhepunkt der Gemeinheit erreicht, als Steigerung bleibt nur körperliche Gewalt, die ja auch bereits hier und da eine Rolle gespielt hat. Der Wahlkampf der Kommunisten richtete sich fast ausschließlich gegen die USPD. Lediglich in USPD-Versammlungen kamen die Sturm- und Sprengtrollen, alle andern Parteien blieben von ihnen durchweg verschont. Das „Kampfsystem“ im Bezirk Halle-Merseburg war so: Störung des Referenten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, dann ein oder zwei lange heftige Reden von Kommunisten und schließlich Versammlungssprengung, wenn der angegriffene Referent das Schlusswort beginnen wollte. Durch Gesang der Internationale vom „Menschenschreck“ wurde gewöhnlich der geschmähte Referent um sein Menschenrecht der Erwiderung betrogen. Unsere Genossen haben überall schier übermenschliche Geduld üben müssen, um diesen Terrorismus zu ertragen, da es bei aktiver Gegenwehr sonst an diesen Orten zu Gewalttätigkeiten gekommen wäre. Die Verwilderung der Versammlungsstätten ist grenzenlos.